

KREMSE NACHRICHTEN



DIE NACHRICHTEN DER KLS • KREMSE LINKE STADTBEWEGUNG



KLS wirkt

Die ersten KandidatInnen auf der Wahlliste der KLS: (stehend) Ronny Weßling, GR Niki Lackner, GR Wolfgang Mahrer, (davor) Elmedin Junuzovic, Birgit Krieger-Gubi

„Unser Einsatz für die Lebensqualität aller KremserInnen“

Get activ! - Werde Teil unserer Wahlbewegung
Je mehr sich aktiv einbringen und jede erreichte Stimme für die garantieren, dass es im Sinne sozialer, ökologischer und demokratischer Verbesserungen weitergeht. Garantiert, dass wir uns weiter auch im Gemeinderat für die Interessen aller BürgerInnen durchsetzen können.



Interview der Kremse Nachrichten mit KLS-Gemeinderat Wolfgang Mahrer

KLS-Kremse Linke Stadtbewegung: Wieso stellst Du dich mit 73 Jahren nochmals der Gemeinderatswahl?

GR Wolfgang Mahrer: Aus mehreren Gründen. Erstens weil Mandatare, die ohne finanzielle Interessen und Fraktionszwang im Gemeinderat sitzen, als einzige wirklich unabhängig sind. Wir als KLS-Gemeinderäte spenden hundert Prozent der Bezüge für die Information der BürgerInnen durch die Kremse Nachrichten und die Arbeit der Kultur Mitte. Zweitens, weil Alter viel Lebenserfahrung und eine andere Sicht auf das politische Geschehen bedeutet. Als dritte Generation der Mahrers in der Stadtpolitik (Großvater Alois 1918-1933 und Mutter Therese 1945-1950, beide waren während schwierigster Zeiten im Stadtsenat sehr erfolgreich für Krems und seine Menschen tätig) lebe ich mit der DNA meiner Vorfahren. Diese DNA des sozialen Engagements möchte ich für die KremserInnen weiter nutzen, um besonders Menschen, die keine Lobby und Ansprechpartner haben, helfen zu können. Als Gemeinderat hat man da mehr Autorität, wenn es um Hilfestellungen zum Beispiel für Menschen mit Behinderungen bei Ämtern und Behörden geht.

Nur wegen der Hilfe für Schwächere?

Nicht nur, denn in der Politik wird versucht, die Vergangenheit auszublenden. Ohne den Blick in die Vergangenheit ist die Gefahr groß, dieselben Fehler wieder zu

» Fortsetzung auf Seite 2

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
22A042921 E



Editorial



Schon wieder droht eine Mieterhöhung!

Das hausherrnfreundliche Mietgesetz erlaubt bei Kategoriemieten wegen der Inflation nach April eine neuerliche Erhöhung um 5,5 Prozent. Obwohl die Kosten dieser vor 1994 gebauten Wohnungen schon abbezahlt wurden und Renovierungskredite zu Niedrigzinsen laufen. Daher sind die Mieterhöhungen unbegründet und abzulehnen.

Bei Hausherrn erlaubt man Inflationsanpassung (Valorisierung), bei Sozialleistungen/ Pensionen lehnte die Regierung dies bis vor kurzem ab. **Wir als KLS haben uns sofort bei den Zuständigen der Stadt Rückversichert, dass keine Gemeindewohnungen bzw. GE-DESAG-Wohnungen von dieser 2. Erhöhung betroffen sind.** Täglich wird berichtet, dass die derzeitige Inflation, eine enorme Belastung der Bevölkerung darstellt. Als KLS wollen wir unsere BürgerInnen vor ungerechtfertigten Belastungen, soweit es der Stadt möglich ist, schützen! Da bleiben wir, hartnäckig wie Sie es gewohnt sind, dran.

Dass unsere Arbeit – im Gemeinderat und außerhalb – wirkt, können Sie in den Artikeln unserer regelmäßig erscheinenden „Kremser Nachrichten“ lesen. Neuerdings auch im Internet auf www.KLS-Krems.at. Außerdem halten wir sie auf facebook und Instagram über unsere Aktivitäten am Laufenden über @KLSwirkt.

Herzlichst, Ihr
Wolfgang Mahrer

» Fortsetzung von Seite 1

machen. So ist Sebastian Kurz, um an die Macht zu kommen, eine Koalition mit der FPÖ eingegangen, wie vor ihm Kanzler Schüssel. Beide sind an internen Machtspielen der FPÖ-Chefs (Haider, Strache) und letztlich dem Wunsch der ÖVP, ihrer Klientel aus Industrie und Großkapital noch mehr Vorteile zu verschaffen, gescheitert. Für die ÖsterreicherInnen brachte das viele Verschlechterungen im Sozialrecht mit sich. In Krems unterstützten die Christlich Sozialen (als Vorläufer der heutigen ÖVP) in der 1. Republik die Wahl eines Nazis zum NSDAP-Bürgermeister. Er hatte sogar ein Hitlerbild in seinem Büro hängen. Nach 1955 gab es lange Jahre die ÖVP-Wahlgemeinschaft zwischen ÖVP und FPÖ. Immer haben vorrangig begüterte Unternehmer davon profitiert. Wir wollen eine mögliche Koalition von ÖVP/FPÖ verhindern.

Warum willst Du diese VP/FP Allianz verhindern?

„Kalmuck-Koalition“ der 1930er Jahre!

Krems war in der Ersten Republik eine Hochburg der NSDAP, bevor sie 1933 verboten wurde. Die NSDAP stellte damals mit der Unterstützung der Christlich Sozialen (heute ÖVP) sogar den Bürgermeister! Es hing daraufhin das Bild Adolf Hitlers im Kremser Bürgermeisterbüro. Nach dem Verbot der NSDAP 1933 wurde Karl Suppanz von der schon länger stimmenstärksten sozialdemokratischen Fraktion zum Bürgermeister gewählt. Vizebürgermeister Prof. Ramböck von der Christlich Sozialen Fraktion erklärte: „(...) dass diese unter

Krems war nach 57 Jahren ÖVP-Herrschaft mit fast 160 Mio. Euro Überschuldung ein Sanierungsfall. Das Land hatte sich schon gegen neue Darlehensaufnahmen quergelegt. Gebührenwucher und die Grüne Zone sollten auf Kosten der Bürger die Stadt vor der Pleite retten. Im Dezember 2011 habe ich mit dem angenommenen Antrag zum Kremser Transparenzpaket die Sanierung eingeleitet.

» **Mein soziales Engagement gilt weiterhin Kremserinnen und Kremsern, die keine Lobby und Ansprechpartner haben.** ☞

Heute haben wir, trotz vieler Investitionen, die Schulden zur Hälfte getilgt. Krems ist durch gute Zusammenarbeit der meisten Gemeinderatslisten (ohne FPÖ und oft auch ÖVP) die letzten drei Jahre die Nummer 1 unter den 94 zu-

kunfts-fähigsten Bezirken und Statutarstädten in Österreich geworden. Diese Vorrangstellung in Österreich wollen wir verteidigen. Nur so kann die Lebensqualität aller KremserInnen erhalten werden. Keine neuen Privilegien für reiche „ÖVP-Freunde!“ mehr zu Lasten der Normalbürger!

Die KLS wurde in Kremser Linke Stadtbewegung umbenannt – warum?

Seit über 30 Jahren bin ich parteilos, aber von Herzen unabhängiger Linker. Fraktionszwang und Parteivorgaben für Mandatare sind für mich verfassungswidrig und ein Hindernis, Wähler- und Bürgerinteressen ehrlich zu vertreten. Als Bürgerbewegung (nicht Partei) sind wir offen für die Mitarbeit aller fortschrittlichen Menschen unserer Stadt. Einer davon ist Nikolaus Lackner von der KPÖ, dessen Einsatz im Interesse unserer Menschen in Krems ich sehr schätze, unabhängig davon, dass wir manchmal im Gemeinderat verschieden abstimmen.

einem marxistischen Bürgermeister in der Gemeinde nicht arbeiten werde und beantragt, dem Bürgermeister das Misstrauen auszusprechen.“ Wenige Monate danach haben die Christlich Sozialen das Parlament ausgeschaltet, die Sozialdemokraten verboten und am 12. Februar 1934 mit Heimwehr und Bundesheer den blutigen Bürgerkrieg (auch in Krems) gegen Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Arbeiterwohnungen begonnen. Mit Braun ja – mit Rot keinesfalls, war damals das Motto für die Zusammenarbeit.

Landeshauptfrau Mikl-Leitner hat wegen der Hartnäckigkeit solch schwarzer Vorbehalte 2016 gechattet: „Rote bleiben Gsind!“

Die Farbkombination schwarz/braun und die kleinkarierte Politik führten dazu, dass manche KremserInnen die Zeit um 1933 als „Kalmuck-Koalition“ in den Sinn kommt. Derzeit könnte man in Krems glauben, es gäbe wieder welche in unserer Stadt, die diese Zeit zurückhaben wollen, auch wenn die Farben schwarz/braun neuen Tarnfarben gewichen sind.

Impressum: Medieninhaber: KPÖ Bezirksleitung 3500 Krems, Ob. Landstr. 8

Wir drucken die politischen Informationen der KLS • Kremser Linke Stadtbewegung und über die Arbeit ihrer Gemeinderäte, außerdem über lokale, soziale und gesellschaftspolitische Ereignisse.

Hersteller: Druckhaus Schiner 3100 St. Pölten. | Redaktionsschluss 13.6.2022

Dank an die Aktiven

Mietrechtsseminar in Krems-Eglsee

Die MieterInnen-Initiative Wien hat Mitte Mai zum zweiten Mal in Krems-Eglsee ihr dreitägiges Fortbildungsseminar zum Mietrecht abgehalten. Auf Einladung von KLS-GR Mahrer gab es eine Stadtführung in Krems samt Heurigenbesuch mit bester Stimmung. Damit bedankte sich Wolfgang Mahrer für die sachkundigen Auskünfte, die er sich immer abholen kann, wenn er in Mietfragen von KremserInnen um Rat gebeten wird. Gerade jetzt, wo nach April schon die 2. Mieterhöhung als „Inflationsanpassung“ in diesem Jahr bei Kategoriemieten ansteht, ist guter Rat für viele Menschen

wichtig! Mit Freude haben die TeilnehmerInnen den Erfolg der KLS beim 100-Euro-Mietzuschuss der Stadt Krems zur Kenntnis genommen.

Mietendeckel für Gemeindewohnungen

Als KLS haben wir uns nach dem ersten Zeitungsbericht über die zweite Erhöhung, sofort bei den Zuständigen der Stadt rückversichert, dass Gemeindewohnungen bzw. GEDESAG-Wohnungen nicht von dieser neuerlichen Erhöhung betroffen sind. Andernfalls hätten wir verlangt, die Mieterhöhungen für ALLE Mieter in Gemeindewohnungen auszusetzen! Die



Guter Rat beim Wohnen ist oft teuer. Die Zusammenarbeit der KLS mit der MieterInnen-Initiative kann da oft helfen.

Baukosten der schon lange bestehenden Wohnungen sind ja von der Inflation nicht betroffen! Leider haben wir als Gemeinde keinen Einfluss wenn private Vermieter diese nächste Möglichkeit der Mietsteigerung, die das Miet-

gesetz zulässt, wieder ausnutzen. Dazu müsste der Nationalrat das Mietgesetz ändern.

Umso wichtiger ist es daher, dass Krems den Bau von Gemeindewohnungen wieder aufnimmt!

Politik für Normalverbraucher – leider nur in Graz

Krems soll so sozial wie Graz werden!



Elke Kahr, als Bürgermeisterin genauso verlässlich für die sozialen Anliegen aller GrazerInnen da, wie als Stadträtin

Die Teuerung hält unser Leben fest im Griff. Wir alle spüren im Geldbörserl und auf unserem Konto, dass das Leben stetig teurer wird und uns immer weniger überbleibt. Ganz wesentlich dabei sind die Kosten fürs Wohnen, also Miete, Betriebskosten, Strom, Heizung.

Das ist nicht erst seit den letzten Monaten oder seit dem Krieg in der Ukraine so. Die Kosten fürs Wohnen sind in den letzten Jahren massiv angestiegen, während die Löhne kaum mitzogen. Viele Menschen zahlen 50 oder 60 Prozent ihres Einkommens fürs Wohnen – viel zu viel!

Wir brauchen Preisregulierungen bei Energie

Im Großen gesprochen ist klar, was es braucht: Mietzinsobergrenze und Preisregulierungen, z.B. bei Energie.

Das ist auf kommunaler Ebene nicht leicht möglich, aber die

KPÖ steuert in Graz dagegen, wo sie kann.

Mieternotruf und konsequenter Einsatz für bessere Wohnbedingungen brachten in Graz konkrete Verbesserungen für MieterInnen, aber 1998 auch das erste Stadtratsmandat. Mit Ernest Kaltenegger, zuständig für das Wohnungsamt, setzte die KPÖ ein Sanierungsprogramm für Gemeindewohnungen durch. Zum ersten Mal seit langem baute die Stadt auch wieder gemeinde-eigene Wohnungen. Elke Kahr setzte diese Arbeit fort und nach einer Unterbrechung in der Zuständigkeit ab 2017 ist sie heute nicht nur Bürgermeisterin, sondern auch für das Wohnungsamt zuständig.

Mietzinsobergrenzen und Kautionsfonds eingeführt

So wurde eine Mietzinsobergrenze in Gemeindewohnungen eingeführt. Und eine Zuzahlung,

sollten die Mietkosten mehr als ein Drittel des Einkommens der BewohnerInnen ausmachen. Ein Kautionsfonds wurde beschlossen, damit die Wohneinstiegs-kosten reduziert werden. Auf Druck der KPÖ wurde auch im Land Steiermark ein Kautionsfonds eingeführt.

Dieser Kurs wird auch in Regierungsverantwortung weitergeführt: Kommunale Müll- und Kanalgebühren wurden nicht erhöht, die Mieten in Gemeindewohnungen ebenso nicht. Der Zugang zu Wohnungen wurde nach vier Jahren FPÖ-Verantwortlichkeit wieder erleichtert. Die Ausweitung von öffentlichem Eigentum wird forciert, neue Gemeindewohnungen gebaut. Zusammen mit der Ausweitung der SozialCard ist die Wohnpolitik das entscheidende Instrument der Grazer Regierungskoalition gegen die Teuerung.

Lackner verärgert:

Mühle auf, Mühle zu

Konnte sich die KLS gerade über ihren Erfolg, einen neuen Bankomat bei der Schiffstation in Stein erwirkt zu haben, freuen, wurde noch vor dem Wochenende ein Bankomat in der Kremser Landstraße entfernt!

GR Niki Lackner erzählt: „Ich wurde Samstag morgens angesprochen, ob ich eh schon wüsste, dass die Bank Austria ihren Bankomat in der Landstraße abgebaut hätte. Anstatt eines straßenseitig zugänglichen Bankomaten gibt es nun einen kleinen Zettel, auf dem geschrieben steht: „Bankomat im Foyer.“ zeigt sich Niki Lackner fassungslos.

Das Signal ist nicht zu übersehen. Die Banken schränken das Angebot zur Bargeldbeschaffung immer weiter ein und drängen uns dazu, gefälligst mit Karte zu zahlen. Das erspart den Banken Kosten und macht uns zu gläsernen Konsumenten, deren nachvollziehbarer Zahlungsverkehr für Marketingzwecke verkauft wird. Die Kontogebühren bleiben trotzdem, die Bank und ihre Aktionäre gewinnen immer! Wir werden die Verantwortlichen der Bank Austria sobald als möglich befragen, weshalb der Bankomat abgebaut wurde und ihnen verdeutlichen, wie wichtig gerade in der wirtschaftlich kleinstrukturierten Altstadt von Krems eine unkomplizierte Bargeldbeschaffung ist. Denn wer heimlich, still und leise über Nacht Bankomaten zusperrt, arbeitet nicht für die Gesellschaft, nicht für die Kremserinnen und Kremser, nicht für Gäste der Stadt und nicht für die zahlreichen Einzelhändler und Gastronomen der Fußgängerzone.



Über Nacht von Freitag auf Samstag hat die Bank Austria Filiale in der Landstraße ihren Außenbankomaten abgebaut.

Aus dem Kremser Gemeinderat

Die Arbeit der KLS-Mandatare wirkt

In der **Sitzung am 25. Mai 2022** brachte die KLS einen Dringlichkeitsantrag auf Regelung der **Parkerlaubnis für Innenstadtbewohner** für gebührenfreies Abstellen außerhalb der Blauen Zone Altstadt, wenn dort wegen Veranstaltungen wie dem Bezirksfest am 25. Juni weitläufig Plätze und Straßen mit Park- und Halteverboten belegt werden. Trotz Zustimmung zur Dringlichkeit durch ÖVP, FPÖ, KLS, ProKS, Grüne hat die Ablehnung durch die SPÖ die Beratung verhindert. Bgm Resch teilte aber mit, für das Bezirksfest im Juni eine Lösung zu erarbeiten. Der FPÖ-Dringlichkeitsantrag auf Beseitigung der chaotischen Parksituation am Pfarrplatz wurde von der SPÖ ebenso abgeschmettert. Schon letzten Dezember haben wir in den Kremser Nachrichten auf die rechtlich bedenkliche Praxis beim Parken am Pfarrplatz hingewiesen und Bgm Resch diesen Mai nochmals um Bereinigung ersucht.

Rechnungsabschluss mit positivem Ergebnis

Ein Dringlichkeitsantrag auf Anschaffung einer Rollstuhlhebephöhne für die Sporthalle und andere Veranstaltungsorte wurde einstimmig beschlossen.

Monate dauerte die Ausarbeitung der Verordnungen für die, auf Grund eines KLS-Dringlichkeitsantrages, einzurichtende **Schutzzone Schillerstraße/Ringstraße**. Deren Beschluss erfolgte einstimmig, ebenso die Verlängerung der Bausperre bei der Anschlussstelle Gneixendorf Süd der B 37 wegen des kommenden Umbaus auf eine niveaufreie Kreuzung. Ein Hinweis von KLS-GR Lackner auf eine frühe Sied-

lung genannt „Nondorf“ nahe der Kläranlage führte zum Beschluss dort eine „Nondorfer Straße“ zu benennen.

Das neue **Straßen- und Leitungsbauprogramm für 2022-2024** wurde mit der Auftragsvergabe an den Bestbieter (4,5 Mio. Euro einstimmig beschlossen.

Die **Rechnungsabschlüsse** für die Stadt wurden trotz eines um mehrere Millionen **positiveren Ergebnisses als budgetiert**, von der FPÖ abgelehnt. Alle anderen Parteien haben zugestimmt. Der Rechnungsabschluss der Stadtbetriebe wurde einstimmig beschlossen.

» **KLS wirkt! Ein bestes Beispiel – wir haben erwirkt, dass die Gemeindegebühren, wie Wasser und Kanal, weniger angehoben wurden.** «

Die **Kontrollamtsberichte zu den Rechnungsabschlüssen** (RA) der Stadt wurden von KLS-GR Mahrer als Vorsitzendem des Kontrollausschusses vorgetragen. Auf Grund der Umstellung der Rechnungsvorschriften ab 2019 durch ein Landesgesetz sind die Kennzahlen oft schwer vergleichbar. Die Dreiteilung in Finanzierungs- Vermögens- und Ergebnishaushalt macht die Zahlen in Einzelbereichen deutlicher aber zu Lasten des Gesamtüberblicks. GR Mahrer danke den Steuerzahlern, die die wesentlich höheren Bundesertragsanteile aufbrachten. Einen besonders großen Dank gab es für die Finanzdirektion für ihre umsichtige Planung und Verwaltung unserer Finanzen, wobei die Bereichsleiter in der Stadt-

verwaltung diesen Kurs mittragen um die Ziele zu erreichen. Besonderen Dank gab es auch für Kontrollamtsleiter Mag. Bauer für die fundierte Zusammenfassung der beiden Prüfergebnisse auf über 200 Seiten.

Landesdarlehen in nicht-öffentlicher Sitzung – wozu?

Unklar ist, warum die vom Land massiv verlangte **Rückzahlung von drei zinslosen Darlehen mit unbefristeter Laufzeit** über insgesamt 5,4 Mio. Euro aus den Jahren 1999 – 2004 in der nichtöffentlichen Sitzung behandelt und beschlossen wurde. Diese Darlehen sind in den Vorschlägen (VA) der Stadt enthalten und werden im nächsten VA wegen der Rückzahlung fehlen, womit die Rückzahlung ohnehin öffentlich ersichtlich wird.

Die Darlehen dienen zum **Grundkauf für die Ansiedlung von Bio-Tech Unternehmen** in Krems durch die NÖ-Landeswirtschaftsagentur ecoplus. Die Ansiedlung ist aber bis heute nicht gelungen, obwohl der jetzige ÖVP Bürgermeisterkandidat Dr. Kamleitner ein zuständiger Plattformmanager Bioökonomie in der ecoplus ist. Ecoplus könnte andere Förderungen (Ringstraße-Sanierung, Bad ...) blockieren, wenn wir nicht vorzeitig rückzahlen. Dr. Kamleitner konnte bei seiner Vorstellung als ÖVP Spitzenkandidat weder seine Ziele und Pläne für Krems noch einen Erfolg seiner Tätigkeit bei ecoplus in dieser für Krems so wichtigen Sache vermelden. Wo war, ist und bleibt sein neuer Schwung für Krems?

Schwarz-Grüne Regierung negiert aktuelle Krisen!

Neben der allgegenwärtigen Berichterstattung zum unseligen Ukrainekrieg, kommen immer wieder hausgemachte österreichische „Krisen“ in die Medien. Breiten Raum gab es für Berichte über den Pflegenotstand und die Krise in den Kindergärten und den Lehrermangel. In all diesen Bereichen fehlt Personal. Unterbezahlung und Überforderung durch Überlastung lassen die MitarbeiterInnen verzweifeln und die Flucht in andere Berufe antreten. Frisch in diesen Berufen ausgebildete Fachkräfte treten einen Job in diesen Bereichen erst gar nicht an. Bei KindergartenpädagogInnen sind das sogar 90 Prozent*!

Warten auf die versprochenen Gelder für Pflege, Bildung ...

Wie in allen „typischen“ Frauenberufen wird zu wenig bezahlt, da die ÖVP dem konservativen Familienbild des männlichen „Familienerhalters“ und der sich für Mann und Kinder opfernden Frau nachhängt. Die Realität von Alleinerzieherinnen und von Frauen, die wegen der hohen Wohn- und Lebenshaltungskosten, zum dazuverdie-



nen gezwungenen sind und das Recht von Frauen auf berufliche Selbstverwirklichung wird von der ÖVP kaum wahrgenommen. Pflegemilliarde und Kindergartenmilliarde klingen gut, sind aber eher Regierungspropaganda und ein Tropfen auf dem heißen Stein als echte Lösungen. In der Pflege, beim Kindergarten- und Lehrpersonal hat man jahrelang bei den Ausbildungsplätzen/-kosten und der Bezahlung gespart. Jetzt ist die Personalnot als Ursache von Überforderung und „Berufsflucht“ kurzfristig nicht behebbar.

Die „Kindergartenmilliarde“ beträgt in Wirklichkeit für fünf Jahre je 200 Millionen statt der bisherigen 142,5 Budgetmillionen*. Der Betreuungsschlüssel im Gesetz liegt nach wie vor bei 25 Kindern pro Kindergartenpädagogin mit einer Halbtageshilfskraft. Laut Studien der Bertelsmann-Stiftung wären 7,5 Kinder die ideale Schlüsselzahl. 0,7 Prozent des BIP geben wir für die „Elementarbildung“ aus, Finnland dagegen 1,2 Prozent. Laut EU-Zielen sollten 90 Prozent der Drei- bis Fünf-Jährigen

den Kindergarten besuchen. Bei uns waren es 2020 nicht mal ein Drittel (27,6%). Dies führt zu Problemen der Kinder im weiteren Bildungsweg und bei Frauen, welche, wenn überhaupt, nur als Teilzeitkraft am Arbeitsmarkt einen Platz finden. 49 Prozent der Frauen arbeiten Teilzeit – weibliche Altersarmut ist damit vorprogrammiert.

Für den Umstieg der Pendler vom Auto auf „Öffis“ war das Klimaticket ein erfolgreicher Anstoß. Wenn die ÖBB jetzt Bahnkunden wegen Überfüllung aus den Zügen wirft, ist da wohl etwas schief gegangen!

Im Gegensatz zur chronischen Unterfinanzierung bei Bildung und Pflege hat Österreich aber die höchste Parteienfinanzierung (gilt nur für im Parlament vertretene Parteien) pro Kopf der Bevölkerung! Unsere „Volksvertreter“ denken zuerst an sich und ihre Partei und wenig an ihre WählerInnen. Letztere müssen sie aber als SteuerzahlerInnen finanzieren.

GR. Wolfgang Mahrer

Alle Zahlen sind den Beiträgen zur „Kindergartenmilliarde“, Kurier am 26. 5. 2022, S. 4 + 5 entnommen

Vortrag und Diskussion

Pflegenotstand – was tun?

Der ZVPÖ-Zentralverband der Pensionisten Österreichs, mit 98 Jahren (gegründet 1924) der älteste Pensionistenverband in Österreich, hatte für den 19. Mai eine kompetente Diskussionsrunde zum Thema „Pflegenotstand – was tun?“ in der Kultur Mitte versammelt. Dr.med. Rudi Gabriel und Herbert Fuxbauer vom ZVPÖ stellten die Notwendigkeiten einer echten Pflegereform den Fakten der zuletzt von der Regierung angekündigten „Pflegemilliarde“ gegenüber. Das Resümee der anschließenden Diskussion mit im Pflegebereich leitend und aktiv Tätigen zeigt die Problematik

deutlich. Pflege als vornehmlicher Frauenberuf ist weit schlechter bezahlt als typisch technisches Handwerk. Es fehlen echte Lösungen. Neben der auf zwei Jahre befristeten „Zuwendung“ von einem Monatsgehalt und einigen kleinen Urlaubs- und Freizeitgutschriften sowie verbesserter Ausbildungsfinanzierungen bleiben die gravierenden Probleme der Pflegenden und der zu Pflegenden ungelöst.

Die größte Ungerechtigkeit, ist, dass Kranken- und Altenpflege trotz laufender Nachtdienste nicht unter das Schwerarbeitersgesetz fällt. Damit ist dem Krankenpfle-



Eine Pflegereform die wirklich greift ist wieder nicht in Sicht. Es fehlt an Geld und Arbeitsbedingungen die eine gute Pflege erst erlauben.

gepersonal im Gegensatz zu Polizisten kein früherer Pensionsantritt möglich. Wen wundert es, dass viele PflegerInnen aus diesem stressigen Beruf flüchten. Von den schönen Worten haben sie die „Schnauze“ voll. Die Finanzausgleichsverhandlungen Bund/ Länder machen eine solide rasche Lösung unmöglich.

Der Bund schafft die überfällige umfassende Rahmengesetzgebung für die Pflege seit Jahren nicht.

Ein Recht auf Pflege bleibt den ÖsterreicherInnen genau so vorbehalten wie dem Pflegepersonal gerechter Lohn und gute Arbeitsbedingungen.

Hinter die Kulissen g'schaut

Der Ärger der ÖVP mit dem frühen Wahltermin

Die Sanierungserfolge der letzten Jahre in Krems, an denen die KLS aktiv mitarbeitet will man wegleugnen.

VP-Sedelmaier war über den 4. September wütend. Die ÖVP hatte noch keinen Spitzenkandidaten gefunden und hoffte, noch länger die KremserInnen mit falschen und halbweisen „Tafel-Texten“ gegen Bürgermeister Resch zu täuschen. Auch hat te man die ÖVP nicht zum Termin gefragt. Alte Sprichwörter sagen allerdings, „W Du nicht willst, dass Dir man tut, das füge auch keinem anderen zu!“. 2017 hatte die ÖVP mit Hilfe der FPÖ gegen Bgm und die Landesbehörde im Stadts die Zusammenlegung der Gemeinderatwahl mit der von Sebastian Kurz vorgezogene Nationalratswahl durchgesetzt. Die ÖVP trotz der Krems, entgegen Bundestrend weitere vier Mandate verlor und wahr-

lich „zu kurz“ kam, hat sie bis heute nicht überwunden. Da hat man vorbeugend im Vorjahr die Kremser ÖVP-Spitze mit Ing. Krammer „zurücktreten“ lassen und jetzt reißt sich keiner um den Schleudersitz als Spitzenkandidat.

Zu oft wurden selbst erfolgreiche ÖVP-Leute abgeschossen: Bgm Wittig, Bgm Hölzl, StR Deissenberger ... Bei Ausrufung des Wahltermins stand man ohne SpitzenkandidatIn da, die sich logisch ergeben hätte. Letztlich hat die Landes-ÖVP einen strammen CVler aus dem Landesdienst aus dem Hut gezaubert und versucht ihn blitzartig bekannt zu machen.

Im schon seit über einem Jahr gegen Bgm Resch geführten „Krieg“ wird ohne jeden Wahrheitsbeweis argumentiert und so die Hilflosigkeit der Sanierungserfolge der letzten Jahre in Krems, an die KLS aktiv mitete, will man wegnehmen. Wir sind von ÖVP-regierten mit der höchsten Kopf-Verschuldung 3-mal Nummer 1 r zukunftsfähigen Bezirke/Statutarstädte Österreichs worden. Mit einem Bürgermeister und

breiter Zusammenarbeit mehrerer Parteien. Dieser Tatsache stehen die Schwarzen fassungslos gegenüber.

Denn die Blockade-Politik von ÖVP und FPÖ hat nicht gewirkt, obwohl die Landes-ÖVP Krems zur „Strafe“ links liegen lässt, weil es ROT wählte. Das betrifft Projekte wie Krankenhausausbau, versprochen für 2014 (!), S5 Fertigbau zwischen Grafenwörth und Krems, Elektrifizierung der Bahn nach St. Pölten etc.

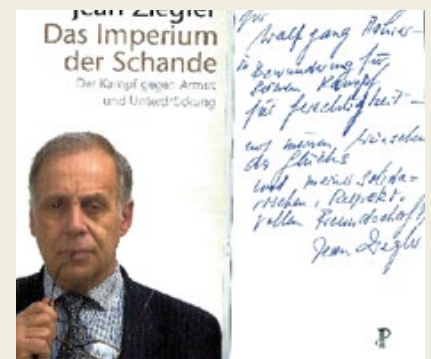
Man pumpt unser Steuergeld lieber in neue schwarze Hochburgen. In der schwarzen Landesspitze hat man keine Skrupel, die Krems gegebene Versprechen wie den Krankenhausausbau ab 2014 zu brechen. Die damalige ÖVP-Bürgermeisterin hat zwar als Vorleistung die Hauptschule Mitterweg abreißen lassen und den Baugrund dem Land geschenkt, aber keine vertragliche Zusicherung zum Baubeginn 2014 verlangt. Wir mussten als Ersatz das Schulzentrum bauen, für das wir noch immer 20 Mio. Euro Schulden abstottern. Auch die versprochene Konzentrierung der Standorte von Mittelschulen und Polytechnische Schulen des Bezirkes in Krems wurde nicht eingehalten.



Mahrs großer Erfahrungsschatz für Krems

Nach seinem Betriebswirtschaftsstudium arbeitete GR Mahrer ab 1973 viele Jahre in führender Position im Osthandel. Zuletzt als Geschäftsführer einer Firma mit sechs Milliarden öS (450 Mio. Euro) Umsatz. Auf vielen Messen und Geschäftsreisen in alle Welt hat er bei Managern von Konzernen und Ministern mit viel Verhandlungsgeschick seine Geschäftsziele umgesetzt. In den 1980er Jahren war er einer der ersten Österreicher, die groß in das damals neue China-Geschäft einstiegen. Später, schon in der Politik, hat er an internationalen Konferenzen zur Verbesserung der EU-Sozialstandards in Paris und Brüssel und zuletzt

in Wien zum Thema „Wohnkostenexplosion“ in Europa teilgenommen. Eine seiner wichtigsten Begegnungen war ein Treffen mit Jean Ziegler, dem anerkannten Schweizer Soziologen, Politiker und Sachbuchautor. Er gilt weltweit als einer der bekanntesten Kapitalismus- und Globalisierungskritiker. Dieser hat in seinem Buch „Das Imperium der Schande“ die folgende Widmung geschrieben (Bild): „Für Wolfgang Mahrer – in Bewunderung für seinen Kampf für Gerechtigkeit – mit meinen Wünschen des Glücks und meiner solidarischen, respektvollen Freundschaft – Jean Ziegler.“



Für Wolfgang Mahrer das schönste Lob, das er je erhalten hat.

Kamleitner – wer?

Ah – der Kremser Bürgermeister werden will

Nachdem die ÖVP Krems nach dem „Zurücktreten“ von VbGm Kramer lange einen Bürgermeisterkandidaten suchte, hat die Landespartei schließlich einen Unbekannten aus dem Hut gezaubert.

Absagen hagelte es zuvor genug, ob Bundesrätin Berger-Grabner, Landesrätin Teschl-Hofmeister, Konditormeister Hagmann, GR Sedelmaier. Niemand war zu überzeugen, diesen „Job“ anzunehmen. Zu oft war diese ÖVP-Spitzenposition schon ein Schleu-

2014 erwähnt (siehe den Link auf unserer Internetseite). Florian Kamleitner, damals 25jährig unter dem Verbindungsnamen „Slivo“ war einer der Vorzeige-Cartellbrüder im Artikel Cartellverband: „Wer aus der Kirche austritt, der geht“. Der Artikel benennt den CV als Kaderschmiede der ÖVP und bringt dazu einige Namen hoher Funktionäre. Eines der vier Prinzipien des erzkonservativen CV, die „Amicitia“ (Lebensfreundschaft) wird in dem Artikel so beschrieben: „Sie ist



Für den Auwald gingen pro Quadratmeter statt 90 Cent ganze 29 Euro aus der Stadtkasse in private Taschen. Auch wenn auf einem Teil jetzt ein Biomassekraftwerk mit Fernwärmeerzeugung gebaut wird, bleibt der Stadt ein Millionenschaden aus diesem Geschäft!

dersitz (siehe Artikel links). Dem ÖVP-geführten Land stehen aber genügend parteiloyale Beamte und Bedienstete zur Verfügung, die man offenbar für diesen „Top-Job“ abstellen kann. So suchte man im Landesdienst bzw. in der Landeswirtschaftsagentur eco-plus, und fand unter den 26 Clustermanagern DI Florian Kamleitner.

Das vermutlich erste Mal, dafür aber gleich mehrmals, wurde sein Name im Standard vom 28. 10.

zu Ende gedacht aber auch das Prinzip, das Freunderlwirtschaft, Bevorzugung und Bildung von Seilschaften ermöglicht.“ Das hatten wir in früheren ÖVP Zeiten in Krems zur Genüge. Sebastian Kurz hat es zur Herrschaftskultur der ÖVP erhoben.

Soll das unser Krems wieder heimsuchen?

Im Vorstellungsvideo der Kronenzeitung konnte Kamleitner,

Keine Antwort ist auch eine Aussage

Begegnung mit ÖVP-Kamleitner!

Der schwarze Spitzenkandidat hatte sich Anfang Juni zum Kennenlernen am Egelseer Dorfplatz angesagt. Das konnte ich mir nicht entgehen lassen. Gegen Ende habe ich mich dann bei ihm vorgestellt und nach den ausstehenden Antworten auf meinen eingeschriebenen Brief an ihn gefragt. Ergebnis:

- am gebrochenen Versprechen des Landes das Krankenhaus ab 2014 neu zu bauen ist natürlich nur Bgm Resch schuld. Der hätte zu wenig gedrängt – als ob das gegen die Landesblockade gegen Krems geholfen hätte.
- Die Darlehensrückforderungen ohne vorherige Betriebsansiedlung durch die ecoplus

(wo er einer der Manager ist), ist auch nicht sein Bereich.

- Bei den „Sonderbedingungen“ beim Innenausbau des ÖVP-Parteilokals soll ich die GEDESAG fragen, als ob die ÖVP da gar nichts damit zu tun hätte.

Er sieht sich als „NEUANFANG“ ohne Verantwortung für die ÖVP-Altlasten die unsere Stadt fast in den Ruin trieben. Kindesweglegen bei Skandalen statt Verantwortung übernehmen ist meine Ansicht zu diesem Gespräch.

GR Wolfgang Mahrer

Unseren Brief an den neuen Spitzenkandidaten der ÖVP lesen Sie auf unserer Internetseite: www.KLS-Krems.at

der trotz fehlender politischer Erfahrung gerne Kremser Bürgermeister werden will, keinerlei Ziele oder Vorstellungen für die Zukunft von Krems nennen. Zu überraschend kam offenbar die Bestellung für ihn. Brav hat er ein unverbindliches Statement vom Blatt abgelesen. Rechts neben ihm der Pressesprecher der Landes-ÖVP Hans-Peter Pressler als sichtbares Zeichen, wer die Fäden gezogen hat.

Krems hat erst nach der Ära der ÖVP-Bürgermeister gewonnen

Der Slogan „Neuer Schwung für Krems“ ist eine Verhöhnung der KremserInnen, hat doch das Land die Stadt Krems beim Krankenhaus und bei Förderungen ziemlich ausgehungert. **Krems war nach über 60 Jahren ÖVP-Re-**

gentschaft ein von Skandalen gebeutelter finanzieller Saniierungsfall. Das sollten die Kremser bei der kommenden Stimmabgabe keinesfalls vergessen! Schon die früheren ÖVP Bürgermeister mussten nach der Pfeife der Landes-ÖVP tanzen, auch wenn es nicht im Interesse der Stadt war. Dies zeigte der Rechnungshofbericht zum Bürgerspitalsskandal oder die Prozesse zum Ankauf von Auwald um ca. vier Mio. Euro statt 90.000 Grünlandwert. Die ÖVP hat nach VbGm Kramer nur mehr blockiert und die Leistungen der Stadt und ihrer Mitarbeiter miesgemacht.

Neuen Schwung wird es für Krems nur geben, wenn alle politischen Kräfte gut für die Stadt zusammenarbeiten, statt einander zu blockieren.

1. Mai:

Rauschen im Blätterwald – Fahnen im Wind



Die Friedensfahne haben die Kritiker übersehen – ein Symptom unserer Zeit?

Wie schon seit Jahrzehnten haben wir am 1. Mai, dem Staatsfeiertag und Tag der Arbeit selbstverständlich unsere Bezirksparteizentrale in der Fußgängerzone beflaggt. Während diese Tradition in der Vergangenheit sogar von vielen Privatpersonen hoch geschätzt wurde, wunderten wir uns diesmal nicht schlecht als bereits nach kurzer Zeit das Telefon klingelte und Krone und Kurier anriefen: Die ÖVP hatte in einer Presseäußerung fälschlicherweise behauptet, wir hätten eine Sowjet-

sche Fahne gehisst und begingen damit „eine Verharmlosung des Angriffskrieges Russlands und einen Affront gegenüber der kriegsleidenden ukrainischen Bevölkerung“. Fahnenkunde und politische Bildung scheinen nicht die großen Stärken der ÖVP zu sein, denn wir haben neben der Österreichischen Fahne und einer Regenbogenfahne mit der Aufschrift „Friede“ die Traditionsfahne der KPÖ gehisst, so wie zu jedem 1. Mai.

Und: Unsere Forderung nach Frieden und Abrüstung ist gerade in dieser Zeit wichtiger denn je! Es mag schon sein, dass es der ÖVP vorschwebt abermals, so wie in den dunklen Zeiten der Diktatur in unserem Land, die Symbole der KPÖ zu verbieten. Was sie dabei aber vergisst ist, dass Österreich das einzige Land der Welt ist, welches Hammer und Sichel als Symbole für Arbeiter und Bauern sogar in der Nationalflagge trägt. Wir möchten uns jedenfalls an dieser Stelle bei der ÖVP für die überregionale Gratiswerbung bedanken, eine derartige Reichweite hätte unser Budget bei weitem überschritten.



Niki Lackner – kämpferisch für die Rechte aller Menschen – nicht nur am 1. Mai!

Und was die Beflaggung angeht, so werden wir auch im nächsten Jahr die Tradition hochhalten.
GR Nikolaus Lackner

„Es ist lächerlich gerade uns Kriegsverharmlosung anzudichten. Denn, ohne Frieden ist alles nichts, ist keine einzige soziale Verbesserung zu erreichen – DAS ist meine feste Überzeugung!“

KLS • Kremser Linke Stadtbewegung

www.KLS-KREMS.at

Sprechstunden der nach telefonischer Vereinbarung

GR Wolfgang Mahrer

Tel.: 0664/524 98 62

E-Mail: wolfgang_mahrer@gmx.at

GR Nikolaus Lackner

Tel.: 0676/558 53 73

E-Mail: lackner@kpoe.at



Kultur Mitte

Bei der Vernissage der Ausstellung von Traude Steiner „Frühlingserwachen“ am 6. Mai

war es eine Freude, mit den vielen Blumenbildern den Frühling begrüßen zu dürfen. Nach der Begrüßung durch den Obmann der Kultur Mitte GR Wolfgang Mahrer sprach StR Prof. Helmut Mayer die einführenden Wort und eröffnete die Ausstellung. Es war ein fröhlicher Frühlingsbeginn nach dem langen Lock down.

Obmann Stv. Martha Platzer, StR Helmut Maier, Traude Steiner, GR Wolfgang Mahrer (v.l.n.r.)

